



Kassenmedizin auszuhungern, wäre ein Irrweg mit nicht absehbaren Folgen

Kärntner Ärztekammer warnt vor Sparen am falschen Platz im Gesundheitswesen

Mit Unverständnis und Protest reagieren der Präsident der Kärntner Ärztekammer, Dr. Markus Opriessnig, und der Sprecher der niedergelassenen Ärzteschaft, Dr. Wilhelm Kerber, darauf, dass die ÖGK ihre Finanzprobleme u.a. damit lösen will, indem sie von den Vertragsärzten:Vertragsärztinnen einen Solidarbeitrag abverlangt. Sie sollen auf die Inflationsabgeltung für 2025 und 2026 verzichten.

„Der Stil der ÖGK ist keinesfalls partnerschaftlich. Zuerst verschleppt sie die Honorarverhandlungen über Monate und dann kommt plötzlich die Forderung nach einer „Solidarabgabe“ über die Medien an die Ärzteschaft, kritisiert Opriessnig. Vor allem für die knapp 500 Kärntner Ärztinnen und Ärzte mit Kassenvertrag käme dies einer doppelten Benachteiligung gleich. „Die ÖGK hat uns im Vorjahr einen Teil der Rekordinflation nur bedingt zuerkannt. Diese sollte 2025 gänzlich in einen neuen Vertrag übernommen werden. Jetzt wackeln diese Erhöhungen und dazu kämen noch fehlende Anpassungen an die Teuerungsraten für die Jahre 2025 und 2026.“

Den Kärntner Kassenärzten:Kassenärztinnen drohen damit empfindliche Honorareinbußen. „Die ÖGK würde damit genau das Gegenteil machen, was sie seit Jahren verspricht, nämlich eine Aufwertung und Attraktivierung der Kassenmedizin“, konstatiert der Obmann der Kurie der niedergelassenen Ärzteschaft in Kärnten, Dr. Wilhelm Kerber. Viele Ärzte:Ärztinnen mit Kassenvertrag seien ohnehin schon lange frustriert, weil viele ihre Leistungen aufgrund von vertraglichen Limitierungen gar nicht oder nur teilweise bezahlt werden. Diese berechtigte Unzufriedenheit mit einem völlig veralteten System einhergehend mit einem erhöhten administrativen Aufwand wird jetzt verschärft und nicht adäquat honoriert.

Die Kassenmedizin über mehrere Jahre so auszuhungern, wäre ein Irrweg mit fatalen Folgen für das öffentliche Gesundheitswesen, warnt Präsident Dr. Opriessnig. „Es wird für Fachärzte:Fachärztinnen für Allgemeinmedizin und alle Spezialfächer immer unattraktiver einen Vertrag mit der ÖGK anzunehmen und die Bereitschaft der Kollegenschaft über das Pensionsalter hinaus zu arbeiten, wird sinken“. Gerade in Kärnten drohe damit in den nächsten Jahren eine Schließung vieler Kassenpraxen, ohne dass für diese Nachfolger in Sicht wären.

Dr. Opriessnig und Dr. Kerber fordern von der ÖGK ein rasches Umdenken. Sie verweisen darauf, dass die Kärntner Kassenärzte:Kassenärztinnen den Vertrag im Vorjahr nur mit größten Vorbehalten akzeptiert und auf Eskalationsmaßnahmen verzichtet hätten. „Wir wurden auf 2025 vertröstet und statt Verbesserungen kommen neue Verschlechterungen. Der Unmut darüber ist verständlicherweise groß“, beschreiben sie die Stimmung in der Kärntner Ärzteschaft. Es sei daher naheliegend und logisch, dass die Kärntner Ärztekammer über Protest- und Kampfmaßnahmen nachdenke.